

VORSTELLUNG HAUSHALT 2022 – OP

Wir erleben eine **Legislaturperiode globaler Krisen**.

Im März 2020 begann mit **Corona**
die größte sanitäre Krise, die größte Bedrohung für unser
Gesundheitswesen
seit dem 2. Weltkrieg.

Im Juli 2021 traf uns dann mit voller Wucht eine **Jahrhundertflut**,
die vielen Menschen all das raubte,
was ihre Familien sich über Generationen aufgebaut hatten.

Und vor ziemlich genau 2 Monaten
begann Putin seinen brutalen **Angriffskrieg**
gegen 40 Millionen Menschen in der Ukraine.

Seitdem herrscht wieder Krieg in Europa.

Seitdem werden in Europa
wieder menschenverachtende Kriegsverbrechen verübt.

Das ist eine grausame Erkenntnis
mit grauenvollen menschlichen und wirtschaftlichen Konsequenzen

Wir sind nicht die Ursache für diese globale Krisen.

Wir können sie als kleine DG nicht abwenden.

Aber wir müssen ihren Folgen leben.

Sie haben einen großen Einfluss
auf unser Leben und auf unser politisches Handeln.

Unsere Autonomie muss sich in Krisenzeiten bewähren.

Das erwarten unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger von ihrer
Gemeinschaft.

Und bislang hat sich unsere Autonomie bewährt.

Dank unserer Autonomie waren wir **in der Lage,**
den Menschen in Krisenzeiten zu helfen.

Ohne unsere Autonomie hätten wir das nicht tun können.

Wir haben in all diesen Krisen **alle Instrumente unserer Autonomie**
aktiviert,

all unser Befugnisse und Zuständigkeiten genutzt,
um die Auswirkungen der Krisen
auf unsere Heimat abzumildern.

Wir haben zunächst **90 Millionen EUR** aufgebracht,
um zu verhindern,
dass ein **Virus** alles zerstört,
was die Lebensqualität in Ostbelgien ausmacht.

Dazu gehören knapp 3 Millionen EUR Sonderdotation für die Gemeinden,
7,2 Millionen für die Wohn- und Pflegezentren,
4,8 Millionen für Gesundheitseinrichtungen,
2,3 Millionen EUR für unsere Schulen,
1 Million für Kinderbetreuungseinrichtungen,
5,4 Millionen für Hotels, Restaurants, Caterer und Cafés,
700.000 für den ostbelgischen Einzelhandel und Kontaktberufe,
1,7 Millionen für unsere Vereine,
10 Millionen für einen Hilfsfonds,
zahlreiche Zuschussgarantien für den nicht kommerziellen Sektor
und natürlich die Finanzierung unserer Impfzentren.

Wir haben dann weitere **27 Millionen EUR** aufgebracht,
um den Wiederaufbau von Gebäuden zu finanzieren,
die die **Jahrhundertflut** unter sich begraben hatte,
und um die Investitionsfähigkeit der betroffenen Gemeinden
sicherzustellen.

Hinzukommt eine jährliche Sonderdotation
für die besonders getroffene Stadt Eupen in Höhe von 500.000 EUR,

die Bezuschussung von Personal in den ÖSHZ
sowie die Finanzierung von Wohnbeihilfen für die Flutopfer

Und natürlich unsere Zusage,
die Kosten für den Wiederaufbau von beschädigten Infrastrukturen
in unserem Zuständigkeitsbereich zu 90 % zu übernehmen.

Mittlerweile wurden 5 Projekte zum Wiederaufbau eingereicht:

- Die Sanierung von Heizungsanlagen in der Hillstrasse in Eupen
- Die Erneuerung von Tennisplätzen des KTC Eupen
- Die Instandsetzung des Tennisparcs in Eupen
- Die Erneuerung von 5 Außenplätzen des CTC Kelmis
- Die Erneuerung von Fangzäunen am Fußballplatz in Schönberg

Wir haben alle Projekte genehmigt
und hierfür mit der vorliegenden Haushaltsanpassung
zusätzliche Zuschüsse in Höhe von 3,7 Millionen EUR vorgesehen.

Für die menschenwürdige Unterbringung von Geflüchteten aus der
Ukraine fügen wir dem Ausgabenhaushalt jetzt **4 Millionen EUR** hinzu.

Diese Mittel werden vor allem in den Bereichen Bildung und Soziales
benötigt.

Das sind wahrlich große Hilfspakete,
die wir aufbringen müssen,
um auf globale Krisen zu reagieren.

Das sind gewaltige Kraftanstrengungen für eine kleine Gemeinschaft.

Gleichzeitig **belasten die globalen Krisen auch unsere Einnahmen.**

Wegen der Coronakrise waren die Wachstumsprognosen
für 2020 schon von + 1,1 % auf – 6,2% gesunken.

Eine tiefgreifende Rezession also,
verbunden mit dauerhaften
millionenschweren Mindereinnahmen für die DG.

Und jetzt wird **Putins brutaler Angriff** auf die Ukraine
erneut
zu einem deutlichen **Einbruch der wirtschaftlichen Entwicklung** führen.

In der ganzen Welt, in Europa und in Belgien.

Davon müssen wir ausgehen.

**Dadurch werden die Einnahmen unserer Gemeinschaft
ein weiteres Mal um mehrere Millionen EUR pro Jahr sinken.**

Zwar geht das föderale **Planbüro** immer noch davon aus, dass das belgische Bruttoinlandsprodukt in diesem Jahr um **3%** wachsen wird.

Das halte ich persönlich aber für **illusorisch**.

Wenn in unseren Nachbarländern das Wachstum abnimmt, dann wird das auch bei uns der Fall sein.

Die belgische Wirtschaft ist global vernetzt.

Es kann schlicht nicht sein, dass die Auswirkungen der Krise an uns vorübergehen.

Nun sind wir als DG eigentlich angehalten, die Prognosen des föderalen Planbüros in unseren Haushalt zu übertragen.

Man möchte also, dass wir bei der Schätzung unserer Einnahmen von einem 3 prozentigen Wirtschaftswachstum ausgehen

Kolleginnen und Kollegen,

darin werden wir uns diesmal nicht halten.

Es widerspricht unserem Verständnis von verantwortungsvollem Handeln, mit **rosaroten Scheuklappen durch finanzpolitische Krisen** zu laufen.

**Wir sollten tunlichst vermeiden,
uns die Einnahmen schönzureden.**

Die belgische Wirtschaft wird in diesem Jahr
mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit
nicht um die vorhergesagten 3 % wachsen.

Also sollten wir in unserem Haushalt auch nicht so tun,
als ob dem so wäre.

Wir würden unsere Einnahmen überschätzen.

Und das ist gefährlich.

**Deshalb korrigieren wir heute mit dieser Haushaltsanpassung
eigenmächtig die Wachstumsprognose
deutlich nach unten
von 3 % auf 1,8 %.**

Das bedeutet:

Wir tragen mit dieser Haushaltsanpassung **pro Jahr**
3 Millionen EUR weniger Einnahmen in unseren Haushalt
und unsere Finanzplanung ein,
als uns heute vom föderalen Planbüro vorhergesagt werden.

Wenn das Wachstum in Belgien am Ende doch besser ausfällt,
umso besser.

Dann werden wir dieses Geld natürlich trotzdem bekommen.

Aber in der Zwischenzeit wollen wir vorsichtig sein.

Mir ist bewusst,
dass wir **die Einzigsten in ganz Belgien** sind,
die so vorgehen.

Mir ist bewusst, dass das unüblich ist.

Mir ist auch bewusst, dass der Rechnungshof uns dafür kritisieren wird.

Das werden wir erleben.

Dennoch halte ich diese Vorgehensweise für notwendig,
um **böse Überraschungen zu vermeiden**.

Wir haben übrigens schon einmal so gehandelt.

Unmittelbar nach dem Ausbruch der Coronakrise
haben wir unsere Einnahmenschätzung ebenfalls eigenmächtig
nach unten korrigiert.

Das entsprach nicht den föderalen Prognosen.

Das hat sonst niemand in Belgien gemacht.

Aber am Ende haben wir mit unserer Vorgehensweise Recht behalten.

Wir sind in Belgien bekannt
für unsere **vorsichtige und umsichtige Finanzplanung**.

Daran wollen wir uns halten.

Das gilt im Übrigen auch für unseren **Umgang mit der Zinsentwicklung**.

Wir haben sehr lange von niedrigen Zinsen profitiert.

Wir haben sogar mit Negativzinsen Geld verdient.

Mittlerweile erleben wir aber einen **Anstieg der Zinsen**.

Ja, die Zinsen sind immer noch vergleichsweise niedrig.

Wir können immer noch
kurzfristige Anleihen zu einem Zinssatz von 0 % aufnehmen.

Das verdanken wir nicht zuletzt unserem guten Ruf auf den
Finanzmärkten.

Aber das Zinsrisiko steigt.

Um dieses Risiko zu minimieren,
haben wir schon vor einigen Wochen damit **begonnen,**
unsere Verbindlichkeiten umzuschulden.

**Wir steigen progressiv
von kurzfristigen Zinssätzen auf langfristige Zinssätze um.**

Das kostet zwar Geld.

Geld, das wir in der Haushaltsanpassung berücksichtigt haben.

**Statt 0 % bezahlen wir nun für einen Teil unserer Verschuldung
in Zukunft 1,5 bis 2,5 % Zinsen.**

Aber auch diese Vorgehensweise
gehört zu einer **vorsichtigen und umsichtigen Finanzplanung.**

Wir wollen böse Überraschungen vermeiden.

Ich habe immer gesagt,
dass wir diese Umschuldung einleiten würden,
wenn wir den Zeitpunkt für geboten halte.

Ich halte diesen Zeitpunkt jetzt für gekommen.

Wir zahlen fortan zwar höhere Zinsen als der Markt uns kurzfristig
anbietet;
dafür **sichern uns aber gegen einen weiteren Anstieg der Zinsen ab.**

Die globalen Krisen führen also **einerseits zu Mindereinnahmen und andererseits zu Mehrausgaben.**

Keine einfache Ausgangslage.

Die **entscheidende Frage** ist,
wie wir verantwortungsvoll und nachhaltig
mit dieser unverschuldeten
Situation umgehen können.

Hierfür bedarf es einer wohl überlegten,
tragfähigen finanzpolitischen Strategie.

Schon im April 2020,
also wenige Wochen nach dem Ausbruch der Coronakrise,
haben wir als erste Gemeinschaft in Belgien
eine **angepasste finanzpolitische Strategie** erarbeitet,
um auf globale Krisen reagieren zu können.

Diese Strategie besteht aus **mehreren Bausteinen**,
die ich hier schon mehrfach dargestellt haben.

An dieser Strategie halten wir weiterhin fest.

In einer ersten Phase geht es darum, unserer Bevölkerung dabei zu **helfen**, globale Krisen zu überstehen.

Zu diesem Zweck haben wir millionenschwere Hilfspakete geschnürt, die ich eben in Erinnerung gerufen haben.

Wir wollen niemanden alleine lassen.

Wir wollen die hohe Lebensqualität in Ostbelgien bewahren.

In einer zweiten Phase muss es gelingen, den **laufenden Haushalt wieder ins Gleichgewicht** zu bringen und gleichzeitig **die richtigen Lehren aus den Krisen zu ziehen**.

In unserer Regierungserklärung vom 21. September 2020 haben wir, wie Sie wissen, damit begonnen, erste Lehren aus der Coronakrise zu ziehen.

Wir haben 20 konkrete Zukunftsprojekte erarbeitet und ein Investitionsprogramm von sage und schreibe **600 Millionen EUR** aufgelegt, um Lehren aus der Krise ziehen und finanzieren zu können.

Mit diesem Investitions- und Konjunkturprogramm wollen wir zum Beispiel die Gesundheitsversorgung verbessern, die Seniorenpflege aufwerten, die Kinderbetreuungsangebote ausbauen, die Tagesstätten renovieren, unsere Schulen modernisieren, Industrie- und Gewerbezone einrichten, die Gemeinschaftszentren sanieren, gegen den Fachkräftemangel ankämpfen, preiswerten und nachhaltigen Wohnraum schaffen, die Jugendhilfe aufwerten, flächendeckend für gute Internetverbindungen sorgen und unseren Beitrag zum Klimaschutz leisten.

An diesem Programm wird jeden Tag mit Hochdruck gearbeitet.

Das konnten Sie unserer Regierungserklärung vom 20. September 2021 entnehmen, in der wir über den Stand dieser Arbeiten berichtet und weitere Lehren aus der Krise gezogen haben.

Selbstverständlich müssen wir dabei den aktuellen Preissteigerungen Rechnung zu tragen.

Darauf gehe ich gleich näher ein.

Langfristig verfolgen wir mit unserer finanzpolitischen Strategie das Ziel, unseren Haushalt auch nach den strengen, und in meinen Augen absolut kontraproduktiven **europäischen Buchhaltungsregeln ins Gleichgewicht** zu bringen.

Es ist unsinnig, den staatlichen Einrichtungen zu verbieten, ihre Investitionen in Infrastruktur auf mehrere Jahre abzuschreiben.

Dabei bleibe ich!

Das habe ich kürzlich in der Konferenz der belgischen Haushaltsminister noch einmal deutlich gesagt

Jedes Unternehmen streckt seine Investitionen auf mehrere Jahre.

Dass wir das nicht tun dürfen, ist nichts anderes als eine Konjunkturbremse mit negativen Folgen für den sozialen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft.

Ich plädiere weiterhin für eine Abänderung dieser Normen.

Aber solange die Regeln so sind,
wie sie sind,
werden wir uns selbstverständlich daran orientieren.

Kolleginnen und Kollegen,
die **Haushaltsanpassung**,
die wir Ihnen heute unterbreiten,
ist vor diesem Hintergrund
alles andere als banal.

Sie zu erstellen war für die Regierung eine echte Herausforderung.

Wir haben uns in unzähligen Diskussionsrunden mit der Frage beschäftigt,
wie wir einerseits
gleichzeitig die Krisen bewältigen
und unser Regierungsprogramm finanzieren
und andererseits gemäß unserer finanzpolitischen Strategie
den Haushalt wieder ins Gleichgewicht bringen können.

Wir haben schlussendlich **für diese Haushaltsanpassung**
2 Schwerpunkte festgelegt:

Erstens

wollen und werden wir

**angemessen auf die neue Krise
und die damit verbundenen Kostenexplosionen reagieren.**

**Zweitens wollen und werden wir
weiterhin massiv in den Klimaschutz investieren.**

Wir wollen und werden unabhängiger von fossilen Energieträgern sein.

Wir wollen und werden unabhängiger werden von Kohle, Öl und Gas.

Bekanntlich haben wir bereits vor einiger Zeit
gemeinsam mit den 9 Gemeinden
einen **Klimaplan** für unsere Gemeinschaft entwickelt,
um die CO2 Emissionen auf unserem Gebiet
bis 2030 um 50 %
und bis 2050 um 100 % zu senken.

Dieser Plan umfasst 23 konkrete Maßnahmen.

Innerhalb von 10 Jahren wollen wir
181 Millionen EUR in den Klimaschutz investieren.

Die Flutkatastrophe im Juli vergangenen Jahres
und die Folgen von Putins Angriffskrieg erinnern uns daran,
wie wichtig und wie dringend diese Investitionen sind;
wie wichtig und dringend es ist,

die Erderwärmung einzudämmen,
Energie einzusparen, erneuerbare Energien zu fördern
und somit unsere Abhängigkeit
von fossilen Brennstoffen zu beenden.

Vor diesem Hintergrund haben wir u.a. beschlossen,
Studien und Arbeiten zur Verbesserung der **Energieeffizienz
von Infrastrukturen**
nunmehr zu **80% statt wie bislang zu 60%** zu bezuschussen.

Davon werden viele Projektträger in der DG profitieren.

In unserer Finanzplanung haben wir hierfür **15 Millionen EUR**
vorgesehen.

Mit unserem neuen Energiedekret haben wir
zudem Ende vergangenen Jahres
das System zur Auszahlung von **Energieprämien** an private Haushalte
spürbar verbessert und drastisch vereinfacht.

Das neue System wird von der Bevölkerung ganz offenkundig
in der Praxis als Anreiz wahrgenommen,
um Energieeffizienzmassnahmen
in den eigenen Wohnungen und Häusern durchzuführen.

Genau das war unser Ziel.

Die Anträge nehmen fast schon exponentiell zu.

Deshalb hatten wir die Finanzmittel für Energieprämien bereits im Ursprungshaushalt 2022 von 500.000 EUR auf 1.500.000 EUR verdreifacht.

Wir hatten vor 4 Monaten entschieden, dreimal mehr Geld für Energieprämien vorzusehen, als die WR vor der Zuständigkeitsübertragung auf unserem Gebiet dafür zur Verfügung gestellt hatte.

Jetzt haben wir beschlossen, diesen Betrag noch einmal zu verdoppeln.

Wir erhöhen mit dieser 1. Haushaltsanpassungen unsere Ausgaben für Energieprämien **von 1,5 Mios EUR auf knapp 3 Mios EUR.**

Somit investieren wir jetzt 6 mal mehr in Energieprämien als wir dafür von der WR erhalten.

Außerdem haben wir kürzlich **17 innovative Energieprojekte** unserer Gemeinden mit einem Finanzvolumen von knapp **500.000 EUR** genehmigt.

Diese Zuschüsse haben wir jetzt ebenfalls in den Haushalt 2022 eingetragen.

Nicht zuletzt haben wir in diesem Anpassungshaushalt eine erste Tranche von **30 Millionen EUR** vorgesehen, um unsere Beteiligung an der **öffentlichen Wohnungsbaugesellschaft** zu finanzieren, die wir in Kürze zeichnen werden.

Dieses Geld dient vorwiegend dazu, **öffentliche Wohnungen energetisch zu sanieren** und Energie einzusparen.

Diese Haushaltsanpassung beweist:

Wir reden nicht nur über das Klima, wir handeln auch!

Und zwar in Millionenhöhe und auf der Grundlage eines gründlich durchdachten, breit konzertierten, langfristig angelegten klimapolitischen Plans.

Sie werden sehen, dass wir die Mittel für den Klimaschutz **in den kommenden Jahren auf der Grundlage eben dieses Plans weiter erhöhen** werden.

Insgesamt stehen hierfür in den kommenden Jahren,
wie gesagt,
181 Millionen zur Verfügung.

Der 2. Schwerpunkt unserer Haushaltsanpassung

betrifft die Preissteigerungen und Kostenexplosionen,
die wir derzeit in allen Bereichen erleben.

Um den **gemeinnützigen Einrichtungen**
in unserem Zuständigkeitsbereich dabei zu helfen,
die gestiegenen Kosten für ihr Personal und ihre Tätigkeiten zu schultern,
haben wir **mehr als 50 Zuschusskategorien um zusätzliche 2 % erhöht**.

Davon betroffen sind die Schulen,
soziale Organisationen,
paragemeinschaftliche Einrichtungen,
die Kinderbetreuung,
die Wohn- und Pflegezentren,
die Arbeitgeber von Arbeitsbeschaffungsmassnahmen,
die Kulturproduzenten,-zentren und Veranstalter,
die Jugendeinrichtungen,
der Sport,
die TAO und die touristischen Infostellen,
die Gesundheitseinrichtungen sowie das Wohnungswesen.

Für all diese Erhöhungen unserer Zuschüsse
haben wir jetzt **jährlich wiederkehrend zusätzliche 3 Millionen EUR**
in den Haushalt eingetragen.

Wir werden abwarten müssen,
wie sich die Inflation in den kommenden Monaten
weiterentwickeln wird.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt
schließen wir weitere Erhöhungen
für den nicht kommerziellen Sektor nicht aus.

Unsere Handlungsmöglichkeiten hierfür sind allerdings sehr begrenzt.
Darauf komme ich gleich noch einmal zurück.

Darüber hinaus haben wir mit diesem Anpassungshaushalt
weitere 4 Millionen EUR vorgesehen,
um die gestiegenen Kosten
für die **Infrastrukturprojekte**
von Gemeinden und Vereinen bezuschussen zu können.

Wir haben entschieden,
die gestiegenen **Preisrevisionen** für alle Bauvorhaben,

die in den Infrastrukturplan aufgenommen wurden,
mit Zuschussätzen von 60-90 % zu finanzieren.

Diese Preissteigerungen wirken sich natürlich
auch auf **unser Konjunkturprogramm** aus,
mit dem wir die richtigen Lehren aus den Krisen ziehen wollen.

Ich habe es eingangs bereits angedeutet:

Dem müssen wir Rechnung tragen.

Das tun wir mit der vorliegenden Haushaltsanpassung.

Aus den 600 Millionen sind mittlerweile 720 Millionen geworden.

**Trotzdem halten wir
an all diesen zukunftsweisenden Investitionen fest,
weil wir** unsere Gemeinschaft
mit diesen Investitionen
zukunftsfähiger, krisenresistenter und nachhaltiger
machen.

Auf diese Investitionen in die Gesundheit,
in den Klimaschutz,
die Bildung,
den sozialen Zusammenhalt,
die Vereinbarkeit von Familie und Beruf,

oder auch in die Digitalisierung zu verzichten,
wäre töricht.

Wir können uns diese Investitionen leisten.

Also sollten wir sie auch trotz Preissteigerungen verwirklichen.

Deshalb haben wir
mit der heute vorliegenden Haushaltsanpassung
in unserer Finanzplanung
die Summe von 600 Millionen auf 720 Millionen erhöht;
wobei angesichts der schwierigen geopolitischen Lage
weitere Preissteigerungen natürlich nicht auszuschließen sind.

In diesem Zusammenhang haben wir auch
unseren **Infrastrukturplan 2022** aktualisiert.

Wir übernehmen im laufenden Jahr zu 60- 90 %
die Kosten für **161 Bau- und Sanierungsvorhaben**
von Vereinen, gemeinnützigen Einrichtungen und öffentlichen Trägern.

Dafür haben wir Zuschüsse in Höhe von knapp **68 Millionen EUR**
eingeplant.

Selbstverständlich müssen wir mit unserer Haushaltsanpassung
auch **die inflationsbedingte Erhöhung**
der Gehälter im Unterrichtswesen und im öffentlichen Dienst
absichern.

Innerhalb eines einzigen Jahres
sind die **Gehälter der Beschäftigten im Unterrichtswesen**
um knapp 9 % gestiegen.

4 Indexierungen innerhalb von 11 Monaten.

Das hat es schon sehr lange nicht mehr gegeben.

Die DG übernimmt nahezu hundert Prozent aller Gehaltskosten im
Unterrichtswesen,
sowohl im G UW als auch im FSU und im Gemeindeschulwesen.

Die Personalkosten im Unterrichtswesen
machen mit 115 Millionen EUR knapp 30 %
unseres gesamten laufenden Haushaltes aus.

Man muss kein Mathegenie sein,
um sich vorstellen,
welche Auswirkungen solche Steigerungsraten haben.

Kolleginnen und Kollegen,

neben diesen beiden Schwerpunkten
nehmen wir mit der ersten Haushaltsanpassung
auch andere Veränderungen vor,

um unser ehrgeiziges Regierungsprogramm,
zu finanzieren.

So erhöhen wir zum Beispiel
die Mittel für die **Jugendhilfe um 343.000 EUR.**

Die Zuschüsse für Einrichtungen im **Sozialbereich**
werden um **877.000 EUR** erhöht.

Davon profitieren vor allem
die Einrichtungen Prisma, Ephata, Cardijn,
das Haus der Familien,
das Dorfhaus in Eynatten,
die VSZ und die Telefonhilfe.

Außerdem **verdoppeln** wir
unsere **Zuschüsse für die Bekämpfung von Armut**
und sozialer Ausgrenzung.

Zudem erhöhen wir ein weiteres Mal
unsere Investitionen
in die **Gesundheitsversorgung.**

Seit Beginn dieser Legislaturperiode
haben wir unsere Investitionen in die Gesundheit **um 48 % erhöht.**

Und wir werden unsere Anstrengungen weiter ausbauen.

Das ist ganz sicher eine Lehre,
die wir aus der Coronakrise ziehen müssen.

Mit dieser Haushaltsanpassung erhöhen wir auch erneut unsere Investitionen in die **Seniorenpflege**, diesmal um 685.000 EUR, vorwiegend um die Kostensteigerungen in den Wohn- und Pflegezentren aufzufangen.

Seit 2019 haben wir unsere Investitionen in die Seniorenpflege **um 24 % erhöht**.

Damit waren wir unter anderem in der Lage, die **Gehälter des Pflegepersonals um bis zu 20 % zu erhöhen**.

Gehaltserhöhungen, die es anderswo im Land nicht gegeben hat, und die in unserem Haushalt jedes Jahr mit **5 Millionen EUR** zu Buche schlagen.

Trotz dieses finanzpolitischen Kraftaktes werden wir auch diese Mittel in Zukunft weiter erhöhen, um weitere Gehaltserhöhungen und die Einstellung von zusätzlichen Pflegekräften zu ermöglichen.

Hinzukommt ab dem kommenden Jahr
die **Einführung eines Pflegegeldes**.

Die Regierung hat den Dekretentwurf
zur Einführung eines Pflegegeldes
vor kurzem in erster Lesung verabschiedet.

Das Parlament wird sich schon bald damit befassen können.

Hierfür haben wir jetzt in der Finanzplanung
die Mittel um 650.000 EUR
auf mehr als 5 Millionen EUR pro Jahr erhöht.

Für die **Kinderbetreuung** nehmen wir ebenfalls eine weitere Erhöhung
vor.

Wir erhöhen die Finanzmittel für die Kinderbetreuung
mit dieser Haushaltsanpassung um **809.000 EUR**.

Mit diesem Geld werden wir
zum Einen - wie in anderen Sektoren -
die gestiegenen Kosten auffangen.

Zum anderen werden
die Entschädigungen für konventionierte Tagesmütter
und die Funktionspauschalen für selbstständige Tagesmütter
spürbar angehoben.

Außerdem wollen wir uns
an der Finanzierung der Minikrippe in Amel beteiligen.

Seit Beginn dieser Legislaturperiode
haben wir jetzt schon
unsere **jährlichen Investitionen in die Kinderbetreuung
glatt verdoppelt!**

Von 3 Millionen EUR im Jahre 2019
auf 6,3 Millionen EUR im Jahre 2022.

Daran wird erkennbar,
welche Bedeutung wir der Betreuung unserer Kinder beimessen.

Und auch für diesen Bereich gilt:

Wir wollen unsere Anstrengungen
in den kommenden Jahren noch einmal verstärken.

Wir werden die angestrebte Reform in der Kinderbetreuung
vollends umsetzen.

Und wir werden sie finanzieren.

Das gilt nicht zuletzt für das angestrebte Vollstatut.

Die kürzlich unterzeichnete Absichtserklärung
mit dem RZKB
ist ein außerordentlich wichtiger Schritt in diese Richtung.

Ja,

wir wollen eine **europäische Modellregion für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf** werden.

Und wir sind auf einem guten Weg, dieses Ziel zu erreichen.

Den **Unterrichtshaushalt** wiederum erhöhen wir mit dieser 1. Haushaltsanpassung um **6,2 Millionen EUR**.

Seit 2019 haben wir die **Gehaltsmasse** im Unterrichtswesen um 16,4 Millionen EUR angehoben.

Das entspricht einem **Anstieg um 16,4 % innerhalb von 3 Jahren**.

Solche Steigerungsraten hat es nie zuvor gegeben.

Wir finanzieren damit nicht nur die inflationsbedingten Gehaltserhöhungen sondern auch **zahlreiche Verbesserungen**, die wir uns in unserem Regierungsprogramm vorgenommen hatten.

Ich denke da zum Beispiel an die Einstellung von zusätzlichen Förderpädagogen; die Aufwertung des Zentrums für Förderpädagogik; die Einstellung von IKT-Beauftragten in den Sekundarschulen;

die massiven Gehaltserhöhungen für pädagogische Führungskräfte;
die Stärkung der Schulsekretariate;
die Stärkung des Middle Managements in unseren Schulen;
die Einstellung von zusätzlichem Personal
für die politische Bildung
und die Berufsorientierung;
die Einstellung von zusätzlichem Lehrpersonal
zur Aufarbeitung von Lernrückständen;
die Einstellung von zusätzlichem Lehrpersonal
für die Begleitung von Schülern,
die die deutsche Sprache nicht ausreichend beherrschen;
die Einstellung von zusätzlichen Kindergartenassistenten;
die Aufwertung des Arbeitspersonals in unseren Schulen
und vieles andere mehr.

Hinzukommen Investitionen

in die Beschulung von geflüchteten Kindern und Jugendlichen
aus der Ukraine.

Mit dieser Haushaltsanpassung werden zudem
erneut zusätzliche Mittel freigegeben
für die **duale Ausbildung**.

Wir haben unsere Investitionen in die duale Ausbildung
seit Beginn dieser Legislaturperiode **um 24 % erhöht**,
um kleinere Klassen und neue Ausbildungen zu ermöglichen.

Wir glauben an die technischen Ausbildungen in unserer Gemeinschaft.

Wir wollen sie weiter aufwerten.

Wir wissen,

dass uns diese Investitionen dabei helfen werden,
gegen den Fachkräftemangel anzukämpfen.

Und das ist für die Zukunft unseres Standortes von höchster Bedeutung.

Mit dieser Haushaltsanpassung erhöhen wir auch unsere Zuwendungen
für die **Schülerbeförderung** um 561.000 EUR.

Das ist eine direkte Folge der Flutkatastrophe.

Dabei geht es um die Beförderung der Schülerrinnen und Schüler
aus den Gemeinden Eupen und Lontzen
zum Schwimmunterricht nach Worriken.

Ich erinnere daran,

dass **die DG diese Kosten für alle Schulnetze zu 100 % übernimmt.**

An all diesen Zahlen wird übrigens deutlich,
dass wir ein **Versprechen** einlösen,
das wir nach dem Ausbruch des Krieges in der Ukraine abgegeben haben.

Wir sind **solidarisch mit der Ukraine.**

Wir sind sehr gerne bereit,

Geflüchtete aus den Kriegsgebieten aufzunehmen
und bestmöglich zu betreuen.

Das tun wir.

Wir erreichen das Kontingent,
um das uns der Föderalstaat gebeten hatte.

Das Auffangzentrum in **Worriken** wurde
mit allen notwendigen Dienstleistungsangeboten ausgestattet.

Auch die ehrenamtliche Unterstützung in unserer Gemeinschaft
ist wirklich vorbildlich.

Ich habe mich mehrmals persönlich davon überzeugen können.

Wir haben hierfür jetzt **4 Millionen** in den Haushalt eingetragen,
die vor allem in den Bereichen Bildung, Kinderbetreuung,
Gesundheit und Soziales benötigt werden.

Gleichzeitig haben wir sichergestellt,
dass **keine Dienstleistungen gestrichen** werden müssen,
um diese Mehrausgaben zu finanzieren.

Manch einer hatte im Vorfeld befürchtet,
dass wir Angebote kürzen müssten.

Das ist nicht der Fall.

Angesichts der enormen Preissteigerungen,
mit denen alle Menschen konfrontiert sind,
wäre das nur sehr schwer zu verkraften gewesen.

Heute können wir nachweisen:

Wir haben, wie versprochen,

unsere Investitionen in Bildung und Soziales

ganz grundsätzlich erhöht

und da, wo es möglich und sinnvoll war,

sogar Maßnahmen aus unserem Regierungsprogramm vorgezogen.

Das habe ich eben dargestellt.

Weitere Erhöhungen haben wir eingeplant

für die Fachkräftesicherung,

das Angebot zusätzlicher Teilqualifizierungen,

die Jugendpolitik, den Sport,

die Bürgerbeteiligung in den Gemeinden

oder auch für Ausstattungen und Ausrüstungen

wie z.B. für die Anschaffung von Musikinstrumenten in der

Musikakademie.

Darauf gehe ich heute jedoch nicht näher ein.

Damit werden sich die Ausschüsse eingehend beschäftigen können.

Kolleginnen und Kollegen,

was bedeutet das alles

für unsere **Haushaltsergebnisse** und unsere **finanzpolitischen Ziele?**

Mittlerweile liegt die provisorische Endabrechnung für das **Haushaltsjahr 2021** vor.

Sie fällt **um 20,5 Millionen EUR** besser aus als geplant.

Nach den europäischen Buchhaltungsnormen fällt das Resultat sogar um **45,5 Millionen** besser aus als im Haushalt veranschlagt.

Das bedeutet:

Wir haben mehr als **45,5 Millionen**, die das Parlament uns bewilligt hatte, nicht ausgeben müssen.

Das spricht für eine vorsichtige und umsichtige Haushaltsplanung; ändert aber nichts daran, dass wir 2021 mit einem Defizit abschließen.

Das Defizit fällt zwar geringer aus als geplant; aber es bleibt **ein Defizit in Höhe von 23 Millionen**, wobei wir **18,2 Millionen EUR** unserer Investitionen in Infrastruktur neutralisiert haben.

Diese Technik wenden wir bekanntlich – genau wie alle anderen Gliedstaaten - mittlerweile an.

Der SEC Saldo ist also mit **46,7 Millionen EUR Minus**.

Das Defizit im Haushalt 2022 verschlechtert sich mit dieser Haushaltsanpassung um knapp 3 Millionen EUR.

Es beträgt nunmehr **18,5 Millionen EUR**, wobei wir für 104,3 Millionen EUR Investitionen in Infrastruktur neutralisieren. Das entspricht einer Erhöhung um 11,7 Millionen EUR.

Der SEC Saldo beläuft sich nunmehr auf – 122,8 Millionen EUR und verschlechtert sich somit im Vergleich zum Ursprungshaushalt um 14,7 Millionen EUR.

Noch wichtiger als diese Ergebnisse ist die Frage, ob wir unsere **haushaltpolitischen Ziele** erreichen, die wir uns nach dem Ausbruch der Coronakrise in unserer finanzpolitischen Strategie gesetzt hatten.

Demnach wollen wir ja den laufenden Haushalt zu Beginn und den Gesamthaushalt nach den europäischen Buchhaltungsregeln gegen Ende der kommenden Legislaturperiode wieder ins Gleichgewicht bringen.

An diesen Richtlinien haben wir die gesamte Vorbereitung der vorliegenden Haushaltsplanung ausgerichtet.

Und wir dürfen heute feststellen:

Das ist uns gelungen.

Trotz aller Mindereinnahmen und Mehrausgaben, die wir im Haushalt und in der mittelfristigen Finanzplanung berücksichtigt haben, können wir nach dem heutigen Stand der Dinge, **den laufenden Haushalt schon in wenigen Jahren (2025) wieder ins Gleichgewicht bringen.**

Der **Gesamthaushalt nach europäischen Buchhaltungsregeln** wäre demzufolge **2029** wieder im Gleichgewicht.

Wir sind also weiterhin in der Lage, all unsere haushaltspolitischen Ziele zu erreichen.

Und für den unwahrscheinlichen Fall, dass der ein oder andere mir das nicht glaubt:

Ich bin felsenfest davon überzeugt, dass der unabhängige **Rechnungshof** die Kohärenz dieser Berechnungen bestätigen wird.

Ich finde, das ist beruhigend

Glauben Sie mir, das ist angesichts der globalen Krisen, die wir durchleben, keine Selbstverständlichkeit.

Zumal wir gleichzeitig absehbare **Risiken**, wie das Risiko eines Zinsanstiegs oder auch das Risiko eines abschwächenden Wirtschaftswachstums **reduziert** haben.

Ich habe das eingangs erläutert.

Richtig ist aber auch,
dass die **Margen für neue, nicht geplante Ausgaben**
oder weitere krisenbedingte Einbrüche unserer Einnahmen
sehr eng werden.

Unsere **Handlungsmöglichkeiten werden mit jeder Krise kleiner.**

Die **Sicherheitsmargen**,
die wir im Rahmen unserer vorsichtigen Finanzplanung
in allen Bereichen eingebaut haben, sind nahezu **aufgebraucht.**

Das möchte ich nicht verschweigen.

Richtig ist ebenfalls,
dass wir in der Zwischenzeit **Schulden** machen müssen.

Aber diese Verschuldung bleibt absolut **verkraftbar.**

Die **Rückzahlungsfähigkeit** der Gemeinschaft
ist weiterhin objektiv **gewährleistet.**

Selbst auf dem Höhepunkt unserer Verschuldung,
also selbst dann,
wenn das Konjunkturprogramm in Höhe von 720 Millionen

komplett verwirklicht sein wird,
müssten wir nicht mehr als **11 %** unseres Haushaltes aufbringen,
um alle Schulden innerhalb von 30 Jahren komplett zurückzuzahlen.

Das nennt man den Schuldendienstdeckungsgrad,
den wir in unserer langfristigen Finanzplanung
auf den Seiten 15 und 16 für jedes Jahr errechnet haben.

Sie können also selbst überprüfen und feststellen,
dass wir sehr, sehr weit von einer Überschuldung entfernt sind.

Wir können uns diese Verschuldung
und damit auch die geplanten Investitionen also leisten.

Kolleginnen und Kollegen,
Haushalt und Finanzplanung schaffen den Rahmen
für die Umsetzung unserer Regierungserklärungen.

Sie sorgen dafür, dass den Worten Taten folgen können.

Das ist in Krisenzeiten nicht einfach.

Es kommt darauf an,

das Notwendige mit dem Machbaren zu verbinden

und kurzfristige Bedürfnisse
mit langfristigen Interessen in Einklang zu bringen.

Ich denke,
dass uns das mit dieser Haushaltanpassung erneut gelungen ist.

Ich bin davon überzeugt,
dass wir die richtigen Schwerpunkte setzen,
um unsere Heimat zukunftsfähig und krisenresistenter zu machen.

Deshalb werden in den anstehenden Ausschussberatungen
für Ihre Zustimmung zu diesem Anpassungshaushalt werben.

